wir in Lichterfelde SPD

Informationsblatt der SPD Lichterfelde-West – Winter 2013/02 – Nr. 15 / 8. Jahrgang

Liebe Leserin, lieber Leser!

Das 150. Parteijubiläum der SPD war dieser Tage ein Medienthema. August Bebel, Otto Wels, Willy Brandt – an große Namen wurde erinnert. Doch wie sieht eigentlich die Geschichte der politischen Parteien in Lichterfelde aus? Die Wurzeln der SPD reichen hier keine 150 Jahre zurück, denn vor der Bebauung nach den Plänen des Johann Anton Wilhelm Carstenn gab es dafür noch zu wenige Einwohnerinnen und Einwohner.

Einige rare Belege sozialdemokratischer Aktivität aus der Weimarer Zeit sind uns zumindest bekannt. Richtig viel wissen wir erst aus der Nachkriegszeit der SPD in Lichterfelde. Daher hat sich die Redaktion des „WiLi“ darauf verlegt, dreimal 50 aus den 150 Jahren SPD zu machen und drei unserer langjährigen Mitglieder befragt. In dieser Ausgabe lesen Sie das Ergebnis – die lebhaften Auskünfte von dreien, die in Lichterfelde Politik mitgestalten.

Manchmal scheint es, als sei parteipolitisches Engagement aus der Mode gekommen. Oder werden die Geschichten aus den politischeren 70er und 80er Jahren schon heute etwas verklärt? Nein, alle Parteien müssen sich mit abnehmenden oder stagnierenden Mitgliederzahlen auseinander setzen. Aber bessere und demokratischere Methoden der Willensbildung und des Ausgleichs unterschiedlicher subjektiver Interessen zeigen sich nicht. Wie sollen z.B. Wohnungsbedarf und Naturschutz in Einklang gebracht werden, ohne eine reine technische Verwaltungsentscheidung daraus zu machen? Die lebendige Debatte in den politischen Parteien sollte weiter als hochmodern empfunden werden. Einmischen heißt mitentscheiden.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Martin Matz
Vorsitzender der SPD in Lichterfelde-West
matz@spd-lichterfelde.de

Die Oase vor der Haustür

Kleingärten bieten nicht nur ihren Pächtern Erholung fernab von Asphalt und Lärm in der Innenstadt

„Schweizerland“, „Sonnenschein“, „Rütli“ & „Abendruh“ – wer jetzt an eine verträumte Alpenidylle denkt, kennt vier der vielseitigsten Naherholungsräume unseres Bezirks nicht, dabei sind die Kleingartenanlagen wahre Oasen der Erholung, und das auch noch in unmittelbarer Nachbarschaft.

Egal, ob Familien, Singles, Berufstätige oder Rentner: Wer ein bisschen Zeit mitbringt, findet hier Beeindruckendes für alle Sinne. Sobald die ersten Sonnenstrahlen der Saison den Boden wärmen, liegt der bezaubernde Duft der Holunderblüten in der Luft, verabreden sich Pfingstrosen, Mohnblüten und Lupinen zu einer einzigartigen Farbsymphonie und winken die tellergroßen Rhabarberblätter den Erdbeerblüten zu.

Öffentliche Naherholung

Wer nicht selbst die Zeit für die Bewirtschaftung von Nutzfläche und Gartenlaube oder die Pacht aufbringen kann oder möchte, ist dennoch herzlich zu Sommer- und Kinderfesten, Erntedank und Weinverkostung eingeladen. Denn Kleingartenanlagen sind öffentlich zugänglich und dienen der Allgemeinheit zur Erholung. Manchmal bringt schon ein kleiner Spaziergang am Nachmittag Entspannung und neue Inspiration. Und vielleicht auch die Einsicht, dass Kleingärten viel mehr zu bieten haben als Maschendrahtzäune und Gartenzwerge.

Die meisten Anlagen verfügen über ein kleines Vereinslokal und über Spielplätze, die auch vom Kindergarten nebenan genutzt werden können. Und das ist auch der Grundgedanke: Dafür, dass die Kleingärtner ihre Parzellen für eine niedrige Pacht nutzen können, schaffen und pflegen sie für uns alle ein schönes Stück Natur, in der wir als Gast entspannen können.

Kleingärten liegen im Trend

Immer mehr Menschen interessieren sich heute wieder für einen Kleingarten, um am Wochenende aus ihrer Stadtwohnung ins Grüne zu entkommen. Allein in Steglitz existieren 3.500 Kleingärten in 27 Anlagen. Und in einem Kleingarten mit maximal 400 Quadratmetern, so schreibt es das Bundeskleingartengesetz vor, gibt es Obstbäume, Beerensträucher, Gemüsesorten und Schnittblumen in Hülle und Fülle zu bestaunen, zu verarbeiten und zu verkosten. Kräuter, Zwiebeln, Kohlrabi, Kohl oder Kartoffeln – am besten schmeckt es direkt vom Beet auf den Tisch. Mindestens ein Drittel der Kleingartenfläche muss gemäß der Berliner Verwaltungsvorschriften über Lauben für Beete, Bäume, Kompost & Co. genutzt werden.

Kinder lernen im Garten, wie aus einem winzigen Korn eine rote Rübe wächst und dass Tomaten, die im Garten gezogen werden, anders schmecken als die aus dem Supermarkt.

Gärtnern ist gesund, lecker, oft viel preiswerter als der Einkauf auf dem Markt und deutlich frischer als beim Discounter. Und schließlich finden Kleingärtner in der Anlage nicht nur Nachbarn, sondern auch gute Freunde, fachlichen Austausch und ein Gegengewicht zum Alltag vor dem PC, in der Werkstatt oder am Steuer.

Die Stgelitzer Anlagen im Internet: www.kleingaertner-sind.net

Jana Kellermann (Text&Foto)

Drei Leben für die SPD

Die SPD feiert in diesem Jahr ihren 150. Geburtstag. Die Lichterfelder Susanne Schnick, Kurt Geisel und Rudolf Rass sind jeweils 50 Jahre Parteimitglied – und haben aus ihren 150 Jahren viel zu erzählen!

WiLi: Susanne, Kurt und Rudi, ihr seid vor 50 Jahren in die SPD eingetreten. Das war sicherlich keine spontane Entscheidung. Was waren die Gründe für diesen Schritt?

Susanne: Mein Vater und meine Onkels waren Sozialdemokraten und Gewerkschaftler. Schon als junges Mädchen begleitete ich sie zu Versammlungen und zu den Mai-Umzügen. Da war mein Parteieintritt nur logisch.

Rudi: Auch bei mir war es keine spontane Entscheidung. Schon zur Schulzeit und später zur Studentenzeit im AStA habe ich mich mit der Frage nach der Funktionsweise unserer Gesellschaft beschäftigt. Mit der Schlussphase meiner Doktorarbeit bekam ich „Land in Sicht". Im September 1962 bin ich dann Mitglied der SPD geworden.

Kurt: Mein Interesse an der Politik wurde mit dem 17. Juni 1953 geweckt. Aus der kirchlichen Jugendbewegung stammend, war mir schon während der Schulzeit auf der Oberstufe des Gymnasiums aufgefallen, dass die Mittelstandskinder unter sich und Arbeiterkinder die Ausnahmen waren. Das Interesse an der Politik, insbesondere der Bildungspolitik hat sich dann während des Studiums (auch im AStA) weiter verfestigt.

WiLi: Politische Parteien werden nicht nur durch ihre Programme, sondern auch durch ihre Personen geprägt. Welche Frauen und Männer der SPD waren es, die euch politisch motiviert haben?

Rudi: Gustav Heinemanns politische Orientierung, Adenauers Wiederwahl und seine Durchsetzung der Wiederbewaffnung haben mich im September 1962 in die SPD geführt.

Kurt: Heinemann und Eppler haben mir sehr imponiert. Ihre klaren Aussagen, insbesondere zur Friedenspolitik, haben auch dazu geführt, dass ich den Kriegsdienst verweigert habe.

Susanne: Wie gesagt, das waren bei mir zuerst die männlichen Mitglieder meiner Familie, dann aber auch besonders Ernst Reuter und Willy Brandt als Regierende Bürgermeister von Berlin.

WiLi: Wo und wie lebtet ihr damals? Wo seid ihr in die SPD eingetreten?

Rudi: Ich bin 1957 nach Berlin gekommen und dann hier im September 1962 in die SPD eingetreten.

Susanne: Ich wohnte damals in Neukölln und bin auch dort in die SPD eingetreten.

Kurt Geisel (links) und Rudi Rass (auch links), beide seit 50 Jahren Mitglied der SPD.

Kurt: Ich bin während des Studiums an der Universität Tübingen im Februar 1963 SPD-Mitglied geworden.

WiLi: Welche politischen Inhalte waren euch damals besonders wichtig?

Kurt: Die Bildungspolitik interessierte mich schon damals. Hierfür fand ich nur bei der SPD offene Ohren. Für mich als bekennender Christ war zudem auch die Hinwendung der SPD auf das Thema „soziale Gerechtigkeit" besonders wichtig. Das sozialistische Menschenbild, das die SPD in den Jahren vor dem Godesberger Parteitag hatte, hielt ich aus der Sicht des Christentums für falsch.

Rudi: Da ich in Physik mit dem Nebenfach Philosophie an der FU promoviert und mich gerade auch mit Hegel befasst hatte, war mir Berlin an der Schnittstelle von Kapitalismus und Kommunismus besonders wichtig.

Susanne: Mich haben immer die Schwachen in der Gesellschaft interessiert. Ich möchte dazu beitragen, dass es ihnen besser geht. Sozialpolitik und SPD, das war und ist für mich eins.

WiLi: Was ist euch aus dem politisch sehr ereignisreichen Jahr 1962/1963 besonders in Erinnerung?

Susanne: Es war ein Jahr nach dem Mauerbau. Ich erinnere mich besonders an die Besonnenheit von Willy Brandt und an den Auftritt von John F. Kennedy vor dem Schöneberger Rathaus.

Kurt: Kurz vor dem Bau der Mauer war ich 1961 bei der evangelischen Studentengemeinde an der Humboldt-Universität zu Besuch und konnte Freundschaften knüpfen, von denen einige bis heute noch halten.

Rudi: Der von mir – wie von vielen anderen – zunächst als unfassbar empfundene Mauerbau und die sich danach allmählich durchsetzende Einsicht: „Das ist jetzt die neue Wirklichkeit in Berlin".

WiLi: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind Grundwerte der SPD. Was fällt euch zu diesen Begriffen spontan ein?

Kurt: Freiheit ist begrenzt durch die Freiheit der Anderen. Ich verfüge über die Freiheit, mir Grenzen zu setzen. Gerechtigkeit bedeutet Chancengleichheit.

Susanne: Wenn die Anderen nicht frei sind, kann ich auch nicht frei sein!

Rudi: Schon mein Abituraufsatz hatte den Titel „Was ist die Freiheit?". Freiheit verstehe ich nicht nur als Befreiung von allen Zwängen, sondern auch als Bereitschaft, sich aus eigenem Verlangen zu binden. Trotz „Einsicht in die Notwendigkeit" (Hegel) bedeutet Freiheit für mich ein Glücksgefühl. Gerechtigkeit erwächst aus dem Nachdenken über die Ungerechtigkeit. Solidarität bedeutet in einer menschlichen Gesellschaft, auch für Mitmenschen Forderungen zu stellen.

Kurt: Solidarität heißt für mich, dass starke Schultern andere mittragen und auch das Dienen gegenüber dem Nächsten.

Susanne: Ohne Gerechtigkeit funktioniert eine Gesellschaft nach innen wie nach außen nicht. An diesem Grundsatz

muss immer gearbeitet, er muss eingeübt werden. Ohne Solidarität gehen die Schwachen in unserer Gesellschaft und in der Welt verloren.

WiLi: In unserem föderalen Staatsaufbau findet die Politik auf Bundesebene, auf Landesebene und auf Kommunalebene statt. Hinzu kommt immer mehr die Europapolitik. Welche Bedeutung haben die einzelnen Politikebenen für euch?

Kurt und Rudi: Wir kommen beide vom Europagedanken. Heinemann und Eppler haben uns auch hier geprägt.

Rudi: Die Kommunalpolitik kommt dann allerdings zuerst, weil man hier die schuldemokratischen Theorieansätze auf ihre praktische Umsetzung hin überprüfen kann. Meine Abgeordnetentätigkeit (1967 bis 1981) hat mich dann natürlich an die aktuellen Probleme der Bürger geführt.

Kurt: Konkrete Demokratie beginnt vor der Haustüre. Dafür gab es aber unter Gleichaltrigen lange Zeit kaum Gesprächspartner. Meine Tätigkeit in der Schulpolitik führte mich dann auch auf die Länderebene.

Susanne: Ich bin Eurer Meinung. Aber die Welt ist immer kleiner geworden. Deshalb müssen wir das Engagement auf allen Ebenen unterstützen. Leider sind die einzelnen Ebenen zu wenig miteinander verzahnt.

WiLi: Im September steht die Bundestagswahl an. Was ist euch in diesem Zusammenhang besonders wichtig?

Rudi und Kurt spontan: Dass die SPD gewinnt!

Susanne: Es muss viel mehr über die Zielsetzungen der SPD z.B. an unseren Ständen in Lichterfelde-West und hier in der „Wir in Lichterfelde" informiert werden. Wir müssen die Leute von unserer Regierungsfähigkeit überzeugen – sonst haben wir als SPD keine Chance.

Kurt: Wir müssen gegen die Unlust an der Politik kämpfen. Wenn immer von den unfähigen Politikern gesprochen wird, dann möchte ich darauf hinweisen, dass wir gleich viele Unfähige in der Wirtschaft finden.

Rudi: Mir ist wichtig, durch Bildung die Manipulationsfähigkeit der Menschen zu reduzieren.

WiLi: Am unmittelbarsten wird unsere Lebensumwelt durch die Kommunalpolitik bestimmt. Das ist bei uns der Bezirk Steglitz-Zehlendorf. In der Bezirksverordnetenversammlung ist die SPD in der Opposition. Die Koalition von CDU und Grünen „regieren" hier. Wie beurteilt ihr die politische Arbeit im Bezirk?

Kurt: Ich habe den Eindruck, dass einige Mitglieder der „Regierungsfraktionen" und Stadträte überfordert sind. So gibt es, trotz erheblicher Zuzüge junger Familien mit Kindern keinen Schulentwicklungsplan, der dieser Entwicklung Rechnung trägt. So werden in der Bauplanung bei der Erschließung und Ausstattung von Neubaugebieten Schulen und Kitas einfach vergessen. Bei den

Susanne Schnick, SPD-Mitglied seit 50 Jahren

„Regierungsfraktionen" von CDU und Grünen wird nur für eine Legislaturperiode gedacht. Die SPD sollte in der Öffentlichkeit deutlich machen, dass die heutigen Versäumnisse auf lange Sicht negative Folgen für den Bezirk haben werden.

Rudi: Die Qualität in der BVV und im Bezirksamt ist nicht ausreichend, sie kann aber erst grundlegend mit der nächsten Wahl verbessert werden. Zwischenzeitlich muss die SPD-Fraktion immer wieder Druck machen, dass die Verantwortlichen sich mehr anstrengen.

Susanne: Ich stimme euch beiden zu. Die Bezirkspolitik ist zu wichtig für alle Bürgerinnen und Bürger in unserem Bezirk, als dass sie so schlecht gemacht wird wie gerade.

WiLi: Ihr wohnt in Lichterfelde-West. Was macht diesen Stadtteil so besonders?

Susanne: Lichterfelde-West ist eine sehr schöne Wohngegend mit guter Infrastruktur und guten Anbindungen an Bus und S-Bahn. Hier wohnen nette und aufgeschlossene Leute.

Rudi: Wir fühlen uns sehr wohl im Südwesten. Wir wohnen im Grünen und leben in Ruhe mit den Vorteilen einer Großstadt.

Kurt: Ich wohne in einer Idylle, kann mich hier erholen und bin in 20 Minuten in der Philharmonie.

WiLi: Wenn ihr eure Freunde, Bekannten, Nachbarn und junge Leute für die SPD interessieren wollt, was sind da eure Argumente?

Rudi: Es gilt: Wer nicht selbst handelt, für den wird gehandelt. Deshalb misch dich ein! Das Thema soziale Gerechtigkeit wird immer wichtiger – und ist in der SPD tief verankert. Mitmachen in der Politik, in den Parteien, in der SPD heißt dicke Bretter bohren. Aber hier lernt man auch etwas fürs Leben.

Kurt: Ich habe von der Politik viele Enttäuschungen erlebt, deshalb sage ich:

Fahne zum 10. Jahrestag der ADAV-Gründung, 23. Mai 1873. Copyright: AdSD

„Engagiert euch in den Parteien, am besten in der SPD !"

Susanne: Die SPD ist eine Traditionspartei, in der man auch in der Gegenwart gut aufgehoben ist, deren Ziele man im Kreise vieler engagierte Menschen, Jung und Alt, gemeinsam verfolgen kann.

WiLi: In unserer Gesellschaft steht das „Ich" immer mehr im Mittelpunkt. Das „Wir", das Handeln im Sinne des Gemeinwohls, tritt in den Hintergrund. Was sagt ihr dazu ?

Susanne: Für mich stellt das Ehrenamt eine Erfüllung dar. Obwohl ich selbst schon alt bin, ist es für mich eine Bereicherung, wenn ich alten Leuten helfen kann. Man bekommt mehr zurück, als man gibt. Das ehrenamtliche Engagement sollte in unserer Gesellschaft mehr Bedeutung erlangen.

Kurt: Engagiert euch auch dort, wo es nichts zu verdienen gibt! Das ehrenamtliche Tun ist in und für unsere Gesellschaft wichtig. Ich bin überrascht, wie viele, auch gerade junge Leute, neben der Parteiarbeit noch andere Ehrenämter bekleiden.

Rudi: Diese Menschen geben ein gutes Beispiel. Mitmachen ist angesagt! „Wir" bringt mehr als „ich".

WiLi: Wir danken Euch herzlich für das interessante Gespräch und wünschen euch alles Gute. Wir freuen uns sehr, dass ihr weiterhin mit großem Engagement an der politischen Arbeit der SPD Lichterfelde-West teilnehmt.

Das Gespräch führte Jörg Hennerkes. (Potraits: Jörg Hennerkes, Jana Kellermann)

Siehe auch: www.150-jahre-spd.de

Waschen, umdrehen, füttern?

Von der Würde im Pflegebett

Manchmal fängt es mit einem verschwundenen Schlüssel an. Oder mit einer Ampelphase, die verkürzt worden sein muss, denn die Straße noch bei Grün zu überqueren, war doch neulich noch möglich. Vielleicht ist die Einkaufstasche in letzter Zeit zu schwer zum Tragen, vor allem, wenn es in die dritte Etage geht. Das Alter hat viele Gesichter. Eines davon heißt Pflegebedürftigkeit.

Dennoch gehört die Frage, wie wir leben werden, wenn wir nicht mehr allein zurechtkommen, nicht zu denen, mit denen wir uns beizeiten beschäftigen. „Die meisten Menschen kommen erst zu uns, wenn sie bereits Unterstützung benötigen“, erzählt Dr. Katharina Graffmann-Weschke von der AOK Nordost. „Dabei sind die Pflegestützpunkte offen für alle Interessierten, die sich umfassend, unabhängig und unentgeltlich informieren möchten.“ 26 Pflegestützpunkte gibt es in Berlin, zwei davon auch in Steglitz-Zehlendorf. Sie stehen in einer gemeinsamen Trägerschaft aller Pflege- und Krankenkassen und des Landes Berlin. 25.000 Beratungen haben dort allein im Jahr 2011 stattgefunden.

Ihnen liegt die Pflege am Herzen: Dr. Katharina Graffmann-Weschke (AOK Nordost), Dr. Ute Finckh-Krämer und Martin Matz

Gewaschen, aber einsam

Aber bis professionelle Hilfe in Anspruch genommen wird, dauert es oft. Ute Finckh-Krämer, SPD-Direktkandidatin für den Bundestag, kennt einen der Gründe: „Wer ein Leben lang gearbeitet hat und aktiv war, schämt sich, wenn er plötzlich um Hilfe bitten muss“, sagt sie. Während ihrer „Tour de sociale“ hat sie verschiedene soziale Einrichtungen im Bezirk besucht. „Die Situation ist weder für Pflegende noch für Angehörige und erst recht nicht für die Pflegebedürftigen so, wie wir uns das eigentlich wünschen“, erzählt sie.

Den Tätigkeiten der Pflegekräfte sind beispielsweise Minutensätze zugeordnet. Waschen, umziehen, Essen zubereiten, Abrechnung schreiben - die Pflege wird zunehmend in kleinteilige Einheiten zerlegt. Was dabei zu kurz kommt, ist der Mensch mit seinen Bedürfnissen nach Zuwendung und Geborgenheit. Die Pflegebedürftigen sind vielleicht gewaschen, aber einsam. „So ein Abrechungszettel sagt nichts darüber aus, ob die Pflegebedürftigen sich wohl fühlen“, meint Ute Finckh-Krämer.

Aber sie sieht auch die Not der Pflegenden: „Die wachsenden Dokumentationspflichten sind ein großes Problem, denn es gibt keine zusätzliche Zeit dafür und es warten noch so viele Menschen, die besucht werden müssen“, sagt Ute Finckh-Krämer.

Von der Pflege- zur Pflegevollversicherung

Die Arbeit im Pflegebereich ist körperlich hart und psychisch belastend. Von einer angemessenen Bezahlung ist das Personal aber weit entfernt, insbesondere die Pflegehilfskräfte landen trotz Vollzeitanstellung nur knapp über dem Hartz-IV-Satz. Obwohl es im Pflegebereich längst einen Fachkräftemangel gibt, unterbieten sich viele Einrichtungen gegenseitig bei den Löhnen, weil sie in Konkurrenz mit den anderen Anbietern stehen. „Wir müssen uns dringend fragen, was uns die Pflege wert ist“, sagt Martin Matz, Vorsitzender der SPD Lichterfelde-West. „Die Pflegeversicherung ist nie so konstruiert worden, dass sie 100 Prozent der Pflegekosten abdecken kann.“ Im Grunde sei sie nur eine Teilkasko, die auf den Eigenanteil der Versicherten setzt. Wer nicht privat vorgesorgt hat, wird zu einem Fall für die Sozialkasse – die Ausgleichszahlungen schlagen für das Land Berlin pro Jahr mit 340 Mio. Euro zu Buche. „Angesichts der demografischen Entwicklung und der vielen Rentner, die auf die Grundsicherung angewiesen sind, müssen wir deshalb über eine Pflegevollversicherung nachdenken.“ Das wäre gar nicht mal so teuer: Einer Studie der Gewerkschaft ver.di zufolge würden die Sozialversicherungsbeiträge bei einer Vollversicherung um nicht einmal einen Prozentpunkt steigen. Eine kleine Änderung mit großer Wirkung, für die Ute Finckh-Krämer sich einsetzen wird. „Außerdem ist das Schulgeld, das im Pflegebereich für die Ausbildung gezahlt werden muss, ungerecht und muss daher weg!“, fordert sie. „Jede Erstausbildung muss gebührenfrei sein!“

Mehr Wertschätzung

Aber auch die Angehörigen müssen stärker ins Blickfeld rücken, findet Dr. Katharina Graffmann-Weschke und verweist auf die „Berliner Woche der pflegenden Angehörigen“, die in diesem Jahr vom 23. bis zum 29. September stattfinden wird. Was Angehörige leisten, sei längst nicht selbstverständlich und müsse eine stärkere Wertschätzung erfahren. Vor allem dürften die Angehörigen bei der Beantragung von Leistungen oder bei der Formulierung von Widersprüchen gegen Kassenbescheide nicht allein gelassen werden: „Hier liegt auch ein Aufgabenschwerpunkt der Pflegestützpunkte“, betont Dr. Katharina Graffmann-Weschke.

Das Thema Pflege bleibt für die SPD ganz oben auf der Agenda, auch nach dem 22. September. Denn wenn wir Würde und Alter gemeinsam denken wollen, müssen wir nicht zuletzt eine Antwort auf die Frage finden: Was steht einem pflegebedürftigen Menschen zu, ohne dass er dafür kämpfen muss?

Jana Kellermann (Text&Foto)

So erreichen Sie die Pflegestützpunkte: 0800 - 59 500 59 (kostenfrei) oder www.pflegestuetzpunkteberlin.de

Vorreiterin im Kampf für Gleichberechtigung und Bildung: Die engagierte Sozialdemokratin Hildegard Wegscheider

Lichterfelder Persönlichkeiten und ihr Wirken in unserem Kiez

Geschichte findet oft vor der Haustür statt. In unserer neuen Serie spüren wir Persönlichkeiten aus Lichterfelde auf und zeichnen die Spuren nach, die sie im Kiez und darüber hinaus hinterlassen haben.

Ein Gegensatz, der nicht hätte größer sein können: Hier die königlich-preußische Hauptkadettenanstalt, ein Symbol des preußischen Obrigkeits- und Militärstaates, dort eine Frau, die sich nicht damit abfinden wollte, dass Frauen in Preußen keine höhere Ausbildung erhalten sollten. Lernbegierig und ehrgeizig wie sie war, erwarb Hildegard Wegscheider 1894 am Königlich Katholischen Gymnasium zu Hedingen bei Sigmaringen das Abitur, weil das in Preußen noch nicht möglich war. Damit hatte sie als erste Frau in Preußen das Abitur. Mit einer Sondergenehmigung hatte die bereits seit 1893 in Zürich studiert. In Preußen durften Frauen erst ab 1908 studieren, und so wurde ihr vorher der Zugang zur Universität Berlin verwehrt. Hierbei spielte der Antisemit Heinrich von Treitschke eine entscheidende Rolle. Nach diesem Mann ist nach wie vor, dank der Stimmen von CDU und Grünen in der Steglitz-Zehlendorfer BVV, eine Straße in Steglitz benannt.

Aufgrund der Ablehnung in Preußen promovierte Hildegard Wegscheider schließlich 1898 in Halle zum Doktor der Philosophie. Damit war sie die erste Frau in Deutschland, die diesen Titel erwarb. Zwei Jahre später gründete sie das erste private Gymnasium für Mädchen in Charlottenburg. Ab 1906 arbeitete sie als erste Gymnasiallehrerin in Bonn. Auch den Internationalen Frauentag hat sie mitinitiiert. Sie trat der SPD bei und gehörte von 1919 bis 1921 zunächst als Mitglied der SPD-Fraktion der verfassungsgebenden preußischen Landesversammlung und von 1921 bis 1933 als Abgeordnete dem preußischen Landtag.

Ein Vorbild - nicht nur für Frauen

1929 wurde sie Oberschulrätin in Berlin, bis die Nationalsozialisten sie 1933 aus allen Ämtern entfernten. 1952 wurde Hildegard Wegscheider mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Vor 60 Jahren, am 4. April 1953, starb sie in Berlin 81-jährig. Anlässlich ihres 75. Geburtstages im Jahre 1946 wurde eine Schule in Berlin-Grunewald nach ihr benannt. Und dennoch: Hildegard Wegscheider ist eine in Vergessenheit geratene Persönlichkeit, die lange in der damaligen Zehlendorfer Straße, der heutigen Finckensteinallee, gelebt hat.

Die engagierte Sozialdemokratin, Abgeordnete und Kämpferin für die Gleichberechtigung der Frauen im Kaiserreich und in der Weimarer Republik setzte sich für die Bildung insbesondere von Mädchen ein. Hildegard Wegscheider ist es wert, sich immer wieder ihrer zu erinnern, an die Persönlichkeit, ihren Lebensweg und an ihre Ziele, für die sie sich einsetzte. Viele Aufgaben, die vor 100 Jahren Gültigkeit hatten, sind auch heute noch Aufgabenstellungen der Sozialdemokratischen Partei.

Dariush Kraft

Impressum / Kontakt

Herausgeberin:
Abteilung Lichterfelde-West der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD).

ViSdP: Martin Matz, SPD-Kreisbüro, Thaliaweg 15, 12249 Berlin.

Telefon: 76 67 98 54 (Kreisbüro)
Internet:
www.spd-lichterfelde-west.de

E-Mail: info@spd-lichterfelde.de

Die Redaktion freut sich über Hinweise, Kritik und Mitarbeit an der nächsten Ausgabe!

Klimaneutral gedruckt.

Erschienen im Juni 2013.

Für Lichterfelde in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV)

Jan Kellermann
Sprecher für Wirtschaft, Personal, Europa

Weitere Ausschüsse:
- Schule
- Sport

jan.kellermann@spd-lichterfelde.de

Martin Matz
Haushaltspolitischer Sprecher

Weitere Ausschüsse:
- Bau und Immobilien
- Gesundheit und Gleichstellung

martin.matz@spd-lichterfelde.de

Fotos: Anja Klabunde

Wie funktioniert Bezirkspolitik?

Gleichzeitig mit der Wahl zum Abgeordnetenhaus werden die **Bezirksverordneten** gewählt. Die 55 Bezirksverordneten bilden die **Bezirksverordnetenversammlung** (BVV). Die BVV wählt zu Beginn der Legislatur den Bezirksbürgermeister und die 4 Stadträte. Diese bilden zusammen das **Bezirksamt**, dem die Führung der Verwaltung obliegt.

Während die Bezirksverordneten ehrenamtlich tätig sind, sind die Mitglieder des Bezirksamts hauptberufliche Beamte auf Zeit.

Zur Wahl des Bürgermeisters bildet sich in der Regel eine **Zählgemeinschaft** aus mehreren Fraktionen. Diese besteht in Steglitz-Zehlendorf aus CDU und Grünen. Die Bezirksstadträte hingegen verteilen sich auf alle Fraktionen (je nach Größe).

Während das Bezirksamt die Verwaltung leitet, dient die Bezirksverordnetenversammlung zur Kontrolle der Verwaltung. Daher beziehen sich Beschlüsse auch nur darauf, das Bezirksamt um Anliegen zu "ersuchen" oder über die BVV Anfragen zu stellen. Die BVV ist also – im Gegensatz zu einem Parlament – nicht gesetzgebend, aber maßgeblich für die Gestaltung unseres Bezirks verantwortlich. Das Baurecht ist in Berlin übrigens Aufgabe der Bezirke.

www.spd-fraktion-steglitz-zehlendorf.de

„Das Gedenken bewahren und die Hoffnung verteidigen“

Jährlich organisiert die „Initiative KZ-Außenlager“ eine Gedenkveranstaltung an der „Säule der Gefangenen“ und bewahrt damit die Erinnerung an einen wenig bekannten Abschnitt Lichterfelder Geschichte.

Zahlreiche Kränze schmücken die „Säule der Gefangenen“ in der Wismarer Straße an der Teltowkanalbrücke. Auch die SPD-Fraktion der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) hat am 8. Mai einen Kranz in Erinnerung an die Gefangenen des ehemaligen Konzentrationslagers (KZ) Lichterfelde niedergelegt. „Nur wenn wir uns unserer Verantwortung für unsere Demokratie, vor allem für den Schutz und die Rechte der Schwächeren, annehmen, werden wir den Lehren gerecht, die aus der besonderen deutschen Geschichte gezogen werden müssen“, sagte der stellvertretende Bezirksbürgermeister und Stadtrat Michael Karnetzki (SPD) während der Gedenkveranstaltung. „Aus diesem Grunde ist es gut und wichtig, dass wir auf Einladung der Initiative KZ-Außenlager Lichterfelde den 8. Mai schon seit Jahren gerade an diesem Ort begehen, dem Ort, an dem diejenigen gelitten haben, für die der 8. Mai ganz unmittelbar der Tag der Befreiung gewesen ist. Unsere Aufgabe ist es, diese Hoffnung, die sich am 8. Mai 1945 erfüllt hat, zu wahren und gegen alle zu verteidigen, die sie in Frage stellen.“

Die „Säule der Gefangenen“ in der Wismarer Straße

Strafarbeit in Lichterfelde

Das KZ Lichterfelde war von Juni 1942 bis zum 21. April 1945 das Lager für mehr als 1.300 Häftlinge. Sie waren in vier Baracken untergebracht und wurden vor allem für Bauvorhaben der SS im Raum Berlin und in kriegswichtigen Betrieben, später auch für die Trümmerbeseitigung nach Luftangriffen im Stadtgebiet eingesetzt. Gängige Strafen waren unter anderem Prügel, Strafstehen, Essensentzug, aber auch Tötung oder die Verlegung zur Strafkompanie im Hauptlager.

Nachdem die Baracken im Jahr 1950 abgerissen wurden, diente das Gelände zunächst als städtisches Baustofflager und wurde Ende der 1990er Jahre von der Wohnbau GmbH bebaut. Erst am 31. Oktober 2000 ist mit der Übergabe der „Säule der Gefangenen“ ein Ort der Erinnerung geschaffen worden. Die „Initiative KZ-Außenlager Lichterfelde“ e.V. beförderte seit ihrer Gründung im Jahr 2001 die öffentliche Aufarbeitung dieses wenig rühmlichen Kapitels Lichterfelder Geschichte. Die Einweihung der Gedenktafel war dabei ein erster Schritt in einer ganzen Reihe von Aktivitäten, wie beispielsweise öffentliche Zeitzeugengespräche, Vorträge oder Abende der Begegnung. Eine wichtige Arbeit, denn vieles ist in Vergessenheit geraten und vor allem den Jüngeren oder Zugezogenen gänzlich unbekannt.

Überdurchschnittlich hohe Zustimmung für die NSDAP

So betrug beispielsweise der Stimmanteil der NSDAP im Bezirk Steglitz bei der Reichstagswahl 1932 42,1%. Da sich fast die Hälfte der Steglitzer Wählerinnen und Wähler zur NSDAP bekannte, was weit über dem Durchschnitt im restlichen Stadtgebiet lag, installierte der Machtapparat der NSDAP eine Vielzahl von Institutionen und Ämtern in Steglitz, schließlich 1942 auch das KZ, in das größtenteils Häftlinge mit Facharbeiterkenntnissen aus dem KZ Sachsenhausen überstellt wurden.

Die Bedeutung des jährlichen Gedenkens an der „Säule der Gefangenen“ wird unter anderem dadurch unterstrichen, dass ehemalige Häftlinge des KZs zum Teil aus dem Ausland anreisen, um hier den Tag der Befreiung der Welt vom Faschismus zu feiern. Nicht zuletzt aber ist es ein Tag des Gedenkens an die Millionen Opfer, die von den Nazis systematisch vernichtet wurden.

Es darf nicht vergessen werden, dass es unsere Mütter und Väter, Großmütter und Großväter waren, die am 8. Mai 1945 überwiegend auf der „falschen“ Seite gestanden haben. Zwar gab es auch unter den Deutschen Zehntausende Frauen und Männer, die aktiven Widerstand gegen den Faschismus geleistet und dafür teils mit ihrem Leben bezahlt haben. Darunter waren auch viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Mitglieder der SPD, die in diesem Jahr ihren 150. Geburtstag feiert und stolz auf ihren Anteil am Widerstand gegen den Faschismus sein kann. Aber es bleibt eine Tatsache, dass es sich nur eine Minderheit gehandelt hat. Die Mehrzahl der Deutschen hat zumindest weggesehen. „Der Unterschied zwischen Tätern und Opfern darf nicht verwischt werden“, mahnte deshalb Michael Karnetzki. „Wir haben alles dafür zu tun, dass Nazismus, Rassismus und Antisemitismus in Deutschland niemals wieder eine Chance haben.“

Rassismuss im Alltag

Momentan erschrecken die Morde des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU-Terrorzelle) vermeintlich Medien, Verfassungsschutz und Gesellschaft, jedoch war und ist es kein Geheimnis, dass es seit 1990 über 180 Nazi-Morde gegeben hat. „Und es ist auch kein Geheimnis, dass Rassismus nicht erst da beginnt, wo Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihres Aussehens, ihrer Religion, ihrer Behinderung, ihres sozialen Status oder ihrer sexuellen Orientierung ermordet werden“, so Karnetzki. Vielmehr beginne Rassismus im Alltag und negiere den Grundsatz der Gleichheit und Gleichberechtigung aller Menschen. Es braucht ein öffentliches Bewusstsein und jede Anstrengung verschiedener Akteure der Gesellschaft, dagegen zu kämpfen. Jeden Tag.

Annika Klesse (Text)
Jana Kellermann (Foto)